

Bankenaktionstag 29. September in München

Beitrag von Christian Felber und Renate Börger

**Ein anderes Bankenwesen ist nötig. Ein anderes Bankenwesen ist möglich.
Beides möchten wir hier aufzeigen:**

Ein anderes Bankenwesen ist nötig, denn die Entfesselung der Finanzmärkte, ihre immer weitergehende Deregulierung und Globalisierung, hat uns eine Weltwirtschaftskrise beschert, für die wir BürgerInnen nun bitter bezahlen müssen. Die Renditeansprüche der Banken erpressen die Politik. Das Gemeinwohl ist ein Fremdwort geworden und Aktien dienen fast nur noch der Profitmaximierung. Dabei ist doch das Kerngeschäft der Banken nicht die Spekulation, sondern die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten. Krediten, die aus den eingesammelten Ersparnissen gegeben werden. Doch jetzt haben wir statt Gemeinwohl einen globalen Enteignungskapitalismus. Die Banken verwalten private Vermögen und renditesüchtige Fonds, sie zocken in einem globalen Spekulations-Casino. Gezockt wird mit unserem erarbeiteten Geld, spekuliert wird mit unseren Lebensgrundlagen, mit Rohstoffen und sogar mit Nahrung. Dieses Bank-Unwesen muss weg.

Ein anderes Bankenwesen ist nötig

Das, was sie systemrelevante Banken nennen, ist zur größten Gefahr für wirtschaftliche Stabilität geworden. Nicht nur, dass sie riskant spekulieren, sie tun das nun auch noch, ohne selbst das Risiko zu tragen. Denn der Staat rettet sie ja wenns daneben geht. Der Staat, also wir Bürger, wir müssen gerade stehen, wenn sich Banken verzocken. Die öffentlichen Haushalte müssen dafür bluten. Diese Ausflucht: Wir sind ja eine *systemrelevante* Bank! Wir müssen gerettet werden, sonst bricht alles zusammen! – Diese Ausflucht benutzen Banken dazu, sich vor der Eigenverantwortung zu drücken. Der Begriff Systemrelevanz ist zur Gefahr für die Demokratie geworden, er erpresst die Politik. Früher haben Aktionäre mit ihrem gesamten Hab und Gut gehaftet. Heute haften die SteuerzahlerInnen für die Aktionäre! Von wegen fairer Wettbewerb, von wegen Eigentümerverantwortung. Von wegen Marktwirtschaft: Das ist Bürgerhaft. Das ist Bürgerzwangsenteignung.

Ein anderes Bankenwesen ist nötig, denn sonst stirbt auch unsere Demokratie.

Die 500 Milliarden, die wir SteuerzahlerInnen für die Bankenrettung zur Verfügung stellen, die 500 Milliarden für den so genannten Sonderfinanzierungsfonds mit dem schönen Kürzel „SoFFin“, über diese Riesensummen von Steuergeldern wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Mitbestimmung des Bundestages entschieden. Nur eine Handvoll ausgewählter Abgeordneter wird über den Stand der Dinge informiert. Und die Informationen müssen sie geheim halten, dürfen sie nicht weitergeben, sonst drohen ihnen bis zu fünf Jahren Gefängnis! Der Bundestag ist entmachtet. Durch die Macht der privaten Banken. Das ist der Tod der Demokratie.

Ein anderes Bankenwesen ist nötig und ein anderes Bankenwesen ist möglich.

Eine nicht spekulative Geldversorgung ist so wichtig wie eine zuverlässige Trinkwasserversorgung, wie die Gesundheitsversorgung, die Energieversorgung. Das Geldwesen ist die Grundversorgung für die Wirtschaft. Wir brauchen deshalb ein demokratisch kontrolliertes Bankenwesen. Es muss dem Gemeinwohl verpflichtet sein und nicht der Vermehrung des Kapitals.

In Artikel 14 unseres Grundgesetzes steht es ja auch:

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Die bayerische Verfassung geht sogar noch weiter und sagt, wie es eigentlich sein sollte:

„Die Kapitalbildung ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Entfaltung der Volkswirtschaft. Das Geld- und Kreditwesen dient der Werteschaffung und der Befriedigung aller Bewohner. (Art.157)

Aber es wird noch besser. Die bayerische Verfassung sagt grundlegend:

„Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere die Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle....

Die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen findet ihre Grenze in der Rücksicht auf den Nächsten und auf die sittlichen Forderungen des Gemeinwohls. (Art.151)

Und auch zum Schutz unserer Arbeit sagt die bayerische Verfassung genau das Richtige.

„Arbeit ist die Quelle des Volkswohls und steht unter dem besonderen Schutz des Staates.

Jedermann hat das Recht, sich durch Arbeit eine auskömmliche Existenz zu schaffen. (Art.166)

Diese bayerische Verfassung sollten wir den Bankern und Politikern mal wieder in Erinnerung rufen!

Ein anderes Bankenwesen ist also nicht nur möglich, die Richtung steht schon in unserer Verfassung! Wie könnte es aussehen, ein Bankenwesen, das dem Gemeinwohl dient?

Es müsste zu einem öffentlichen Gut werden. Müsste dem allgemeinen Wohl dienen. Wirtschaften ist ja kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, um die Bedürfnisse aller zu befriedigen. Wie gesagt: Artikel 151 der Bayerischen Verfassung. **„Alle wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“** Nach diesem Grundsatz müssen Banken und Geld neu organisiert werden.

Ein Bankenwesen, wie wir uns es vorstellen, und mit uns auch viele UnternehmerInnen und viele beim globalisierungskritischen Netzwerk Attac – es ist ein demokratisiertes Bankenwesen. Es wird Schritt für Schritt demokratisiert, bis es eine wirkliche demokratische Bank ist.

Sie sähe ähnlich aus wie das bewährte öffentlich-rechtliche Sparkassensystem, aber noch demokratischer: Wir alle, Sie und Sie und ich – wir alle hätten in dieser demokratischen Bank als BürgerInnen nicht nur einen kostenlosen und menschenfreundlichen Kontoservice. Wir könnten auch demokratisch kontrollieren, wie und wofür Kredite vergeben werden. Diese Bank würde nicht spekulieren, sondern unsere Spareinlagen solide verwalten, den Zahlungsverkehr abwickeln und Kredite vergeben – an uns Bürgerinnen und Bürger und an die Wirtschaft. Mehr nicht. Sie unternimmt keine spekulativen Abenteuer und erzeugt keinen giftigen Finanzmüll. Das globale Finanzcasino lässt sie links liegen.

Ein anderes Bankenwesen ist möglich!

Eine demokratische Bank könnte sogar uns selbst gehören: Uns als SparerInnen, KreditnehmerInnen, Beschäftigten und MiteigentümerInnen. Wir dürften mitsprechen, mitentscheiden, die Leitungsgremien würden direkt demokratisch gewählt, und es gäbe ebenso demokratisch gewählte Kontrollgremien.

Die Demokratische Bank würde nicht nach Profit streben: Weder für sich selbst – sie deckt ihre Kosten und sie investiert in ihre Entwicklung, aber sie schüttet nicht an die EigentümerInnen aus – genauso wenig wie eine Grundschule oder ein kommunales Krankenhaus.

Die Vermehrung des Geldes ist nicht der Zweck. Der Zweck ist die Mehrung des Gemeinwohls. Dieser setzt auch einen ökologischen und sozialen Mehrwert jedes einzelnen Investitionsvorhabens voraus. Deshalb vergibt die Demokratische Bank besonders günstige Kredite für soziales und ökologisches Wirtschaften: für erneuerbare Energien und ökologischen Landbau, für Gesundheits- und Bildungsprojekte, für soziale und ökologische Innovationen. Gar keinen Kredit gäbe es für ökologische Zerstörung, sinnlose Risiko-Gentechnik oder für Massentierställe.

Eine demokratische Bank wäre eine solidarische Bank. Sie dreht den Geldhahn nicht zu, wenn Menschen in schwieriger Lage sind. Sie verlangt keine horrenden Überziehungszinsen, sperrt Konten nicht sofort und pfändet nicht brutal, sondern sie hilft Menschen mit guter Schuldenberatung aus der Patsche.

Das demokratische Bankenwesen, wie wir es uns vorstellen, würde umgepolt von Gewinnstreben auf Gemeinwohlorientierung. So wie heute auch öffentliche Unternehmen Non-Profit-Unternehmen sind: Krankenhäuser, Schulen und Wasserwerke arbeiten im allgemeinen Interesse. Genau gleich würden die G e l d w e r k e, die Banken, im öffentlichen Interesse arbeiten. Die Banken als G e l d v e r s o r g u n g s w e r k e würden zur öffentlichen Infrastruktur gehören genauso wie die Wasserwerke oder die Gesundheitsversorgung. Die Geldversorgung wäre dann endlich ein öffentliches Gut!

In Österreich haben wir mit der demokratischen Bank bereits begonnen.

Wer mehr wissen will: Sie finden uns unter www.demokratische-bank.at

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Und ach ja, weil ja Wiesn-Zeit ist:

Ich sage nicht: Zum Wohl, Prost!

Ich sage schon gar nicht: zum Bankenwohl, Prost!

Ich sage: Zum Gemeinwohl! Prost!